

Protokoll

der FUEV - Delegiertenversammlung in Gdańsk / Danzig
vom 12. Mai 1994
in der Technischen Universität (NOT) zu Gdańsk

TOP 1: Ansprache des FUEV - Präsidenten Dr. Karl Mitterdorfer

Dr. Karl Mitterdorfer begrüßt alle herzlich zu dieser Delegiertenversammlung. Er verweist auf die offizielle Begrüßung am nächsten Kongreßtag. Turnusgemäß gibt er einen Einblick in das vergangene, Arbeitsjahr, was seiner Meinung nach noch umfangreicher geworden ist, als das vorige. Bei dieser Gelegenheit hebt er hervor, daß ohne ehrenamtliche Mitarbeit (besonders im Generalsekretariat) und ohne die wohlwollende Förderung seitens verschiedener öffentlicher und privater Stellen diese Aufgaben nicht zu bewältigen sind. Namentlich bedankt er sich dabei bei der Autonomen Provinz Bozen, beim Land Schleswig-Holstein, bei der Hermann-Niermann Stiftung, beim Bundesinnenministerium des Innern, bei der dänischen und der ungarischen Regierung. Ebenfalls gilt der Woiwodschaft Gdansk ein herzlicher Dank für die Vorbereitung und Unterstützung dieses Kongresses.

Dr. Karl Mitterdorfer: "Zunächst war es unser Anliegen, die Tätigkeiten bzw. Arbeiten der verschiedenen Institutionen und Gremien, die sich direkt oder indirekt mit der Problematik von Volksgruppen auf internationaler Ebene - vor allem aber in Europa - befassen, zu verfolgen. Dies galt den vom Ministerkomitee eingesetzten Expertenkomitee, dem sog. DAH-MIN. Dieses war zunächst mit dem Studium, mit der Ausarbeitung von Rechtsnormen zum Schutz nationaler Minderheiten beauftragt worden und ebenfalls sind es Bereiche des Europarates. Im Oktober waren es die Arbeiten des Europaratstgipfels in Wien, die wir zu befolgen hatten. Im Bereiche der KSZE gilt diese Aufmerksamkeit insbesondere den Implementierungskonferenzen in Warschau vom Mai und Oktober 1993. Hier möchte ich mich bei Vizepräsident Pierre Le Moine bedanken für seine wertvolle Beteiligung. Im Bereiche der Europäischen Gemeinschaften - der EU heute - galt unsere Aufmerksamkeit den Arbeiten des Europäischen Parlaments. Wie sie bereits auf dem Kongreß in Flensburg gehört haben, hat der Berichterstatter Dr. Siegbert Alber auf der Grundlage unseres Cottbuser Entwurfes, den Entwurf einer Charta für Volksgruppenrechte für die Länder der Europäischen Gemeinschaft ausgearbeitet. Wir konnten ihm mit dem von uns gesammelten Quellenmaterial eine wertvolle Argumentationshilfe zur Verfügung stellen. Leider mußte der Bericht 1993 ausgesetzt werden und wird wohl erst vom neuen Europäischen Parlament behandelt werden. Im Bereiche der Vereinten Nationen galt unsere Aufmerksamkeit der Weiterbehandlung der Deklaration vom Dezember 1992. Bei dieser Gelegenheit ein besonderer Dank an Prof. Dr. Ermacora für die Vertretung unserer Interessen.

Ein zweiter wichtiger Aufgabenbereich ist die Konferenzbesichtigung. Wie Sie wissen, finden derzeit eine steigende von internationalen Konferenzen über die Problematik der Volksgruppen statt. Sei es im politischen wie auch im wissenschaftlichen Bereich. Die Präsenz der FUEV auf diesen Konferenzen wird immer gefragt. Die Besichtigung unsererseits erfolgte so weit wie wir es möglich machen konnten. Hier habe ich besonders Herrn Prof. Dr. Christoph Pan und Herrn Joseph von Komlossy, die in unserem Namen auf mehrerer solcher Konferenzen unsere Ideen unterbreiten konnten. Auch Besuche vor Ort mußten weitergeführt werden. Besonders wichtig war jener in Rumänien. Der Bericht darüber hatte anlässlich der Beitrittsdiskussion der Parlamentarischen Versammlung des Europarates besondere Aktualität. Wichtig war auch der Besuch im Nordkaukasus, der einen Einblick in die komplexe Situation der Kleinvölker in der Russischen Föderation vermittelte und auch die Schwierigkeiten aufzeigte, die mit der Ausweitung unserer Aktion auch auf osteuropäische Gebiete verbunden sind.

Ich möchte besonders unsere guten Beziehungen zum österreichischen Außenminister Alois Mock erwähnen. Als Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarates war er uns sehr behilflich. Zwar konnten wir den angestrebten Beobachterstatus in den verschiedenen Expertengremien des Europarates nicht erhalten. Grundsätzliche Erwägungen standen dem entgegen. Doch wurde uns die Möglichkeit eingeräumt, auf dem Wege von Hearings, von schriftlich wie mündlich vorgetragenen Bemerkungen unsere Vorstellungen in diesen Gremien vorzubringen. Österreich wird auch in Zukunft für unsere Union ein wichtiger Ansprechpartner sein. Ich denke hier daran, daß die Kommissionen der Europäischen Gemeinschaften bereit 1991 in Zusammenhang mit dem Beitrittsansuchen Österreichs gemeint hat, daß die Lage dieses Landes in der geographischen Mitte Europas und die daraus folgende Rolle in Hinblick auf die ----- Bereinigung von Minderheitenproblemen besonders wertvoll für die EU sei. Aus einem Artikel in der Wiener Presse vom vergangenen März ist zu entnehmen, daß Österreichs Außenpolitik in der nächsten Zeit das Thema Minderheitenschutz verstärkt ins Zentrum rücken wolle. Vor einigen Tagen hat Österreichs Bundeskanzler Vranitzky diesbezüglich eine sehr eindeutige Erklärung abgegeben. Für die Möglichkeit unmittelbarer Kontakte möchte ich der Republik Österreich und ihrem Außenminister danken.

Zurück zum Kern unseres Anliegens: Nämlich die Erarbeitung eines Europäischen Volksgruppenrechts. Wie Sie wissen, war es ein Versprechen, das bereits auf der Gründungsversammlung unserer Union 1949 in Versailles gegeben worden war. Bereits der sechste Kongreß unserer Union (1956) verabschiedete sog. Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts. 1958 konnte die unvergeßliche Frau ----- auf dem achten Kongreß der FUEV in Innsbruck berichten: Ich zitiere: „Gleichzeitig haben wir unsere Bemühungen hinsichtlich der Schaffung eines Zusatzprotokolls zu der Menschenrechtskonvention über die Rechte der Min-

derheiten laut Wunsch der Volksgruppen fortgesetzt.“ Damals wie heute gelten unsere Bemühungen diesem Anliegen. Der von der FUEV im Mai 1992 als gemeinsamer Standpunkt unserer angeschlossenen Volksgruppen vorgelegte Konventionsentwurf über die Grundrechte der europäischen Volksgruppen konzipiert als Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention die sog. „Cottbuser Deklaration“ hat allgemein Anerkennung gefunden. Gelegentlich wurde dieser Entwurf als maximalistisch bezeichnet. Ich meine, man hat offensichtlich seinen globalen Lösungsansatz irrtümlich mit einem maximalen verwechselt. Mit der Entscheidung vom Europaratsgipfel von Wien am 9. Oktober 1993 ist nun eine neue Situation eingetreten. Es wurde der Auftrag erteilt zwei Vertragsinstrumente auszuarbeiten. Einmal ein Rahmenabkommen und zum anderen ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit Rechten im kulturellen Bereich befassen soll. Damit sind nun die Weichen für das Entstehen eines ersten europäischen Volksgruppenrechts gestellt. Das ist die positive Seite der Angelegenheit.

Andererseits muß man bedauern, daß gehegte Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Dazu hatte das Abschlußpapier des erwähnten Expertenkomitee (DAH-MIN) keine genügende Handhabe geboten. Die Rahmenkonvention stellt nämlich das schwächste Instrumentes Europarates dar: Ohne jede unmittelbare Verpflichtung, die diese Konvention unterzeichnet. Während man sich aus guten Gründen eine Entscheidung zugunsten einer Sonderkonvention erwarten konnte. Was das Zusatzprotokoll zur EMRK betrifft, so ist sie begrenzt auf dem kulturellen Bereich. Auch hat es sich in das System der Individualrechte der bisherigen EMRK einzufügen, da der Wiener Gipfel nicht bereit war, dieses System durch die Hinzufügung von Gruppenrechten zu ergänzen. Es geht dabei um Maßnahmen, die in Individualrechte im kulturellem Bereich garantieren sollen. Nicht nur für die Angehörigen nationaler Minderheiten, Volksgruppen wie wir sagen, sondern nur insbesondere für solche. Dies könnte unter Umständen eine Ausweitung auch auf andere sog. neuen Minderheiten bedeuten, was eine Rechtsetzung nur auf niederster Stufe zulassen würde. Natürlich war die Entscheidung von Wien ein mühsamer Kompromiß. Nun gilt es also daraus das Beste zu machen, vor allem auch eine begriffliche Klärung im Laufe der Diskussion herbeizuführen. Um auch in dieser Sache der Entwicklung eines EMRK mitreden zu können, hat es sich als notwendig erwiesen, unseren Cottbuser Konventionsentwurf - ohne substantielle Minderung wohlgemerkt - zu aktualisieren und zu einem umfassenden Volksgruppenschutzinstrument zu erweitern, das aus zwei sich ergänzenden Teilen besteht. Wenn nun alle durch das Zusatzprotokoll und das Rahmenabkommen nicht lösbarer Fragen insbesondere jene der Gruppenrechte und der Autonomie, bedarf es eines weiteren Instruments in Form einer Sonderkonvention und zwar die der zwei Teile, die wir vorschlagen: Erstens den Entwurf für ein Zusatzprotokoll zur EMRK und über die Grundrechte der Angehörigen von Volksgruppen in Europa und zweitens den Entwurf für eine Sonderkonvention vor allem über die Autonomierechte der Volksgruppen in Europa. Dieser zweite Teil ist noch in Diskussion. Der Text dieser Arbeit wurde Ende März allen unseren Mitgliedsorganisationen zur Stellungnahme zugesandt. Solche Stellungnahmen sind eingegangen und das endgültige Ergebnis liegt in deutscher wie in englischer Sprache vor. Für diese aktive Mitarbeit der Volksgruppen möchte ich mich bedanken. Ich möchte noch einmal betonen, daß diese Zweiteilung unseres ursprünglichen Cottbuser Entwurfes in ----- Entscheidungen internationaler Ebene, die also außerhalb unseres Einflusses lagen, notwendig geworden ist. Um nicht aus dem weiteren Entscheidungsprozeß ausgeklammert zu sein, hielt es deshalb das Präsidium für notwendig, die Cottbuser Erklärung den geänderten Umständen aber ohne Substanzverlust anzupassen. Dies bot auch die Gelegenheit den Anmerkungsapparat zu ergänzen. Es ist erfreulicherweise gelungen, die Autonomievorstellung auszuführen und zu ergänzen, die selbstverständlich nicht auf individueller sondern auf gruppenrechtlicher Basis konzipiert ist. Dies eben als Vorschlag einer Sonderkonvention.

Der zweite Teil ist als Diskussionsentwurf anzusehen: Weil hier noch eine große Entwicklung in Gang ist und weil wir uns vorbehalten müssen, dieses Thema noch auf Expertenebene und im Vergleich mit den Erfahrungen unserer Mitgliedsvolksgruppen weiterzuentwickeln. Das für die Durchführung der Wiener Beschlüsse eingesetzte ad hoc - Komitee - das sog. CAH-MIN - arbeitet derzeit an der Rahmenkonvention. Dazu liegt unsere Cottbuser Erklärung vor und wir hoffen, daß die Prinzipien unserer Erklärung dort Eingang finden werden. In der zweiten Jahreshälfte wird dieses CAH-MIN (in Straßburg) mit dem Zusatzprotokoll beginnen. Zu diesem Zeitpunkt wollen wir in Ihrem Auftrag unser neues Papier in die Diskussion einbringen. Zu diesem Zwecke haben wir uns erlaubt, eine kurze Resolution zu formulieren, die wir im TOP Resolutionen von der Delegiertenversammlung verabschieden lassen.

Hier muß ich doch noch ein Wort sagen. Ich möchte für diese wirklich umfangreiche - auch in Fachkreisen außerordentlich hoch bewertete Arbeit dem Prof. Dr. Christoph Pan und seinen Mitarbeitern (Prof. Dr. Felix Ermacora, Prof. Kiminich usw.) für die in den letzten Monaten geleistete wirklich enorme Arbeit auf das herzlichste danken. Diese Arbeit hat uns außerordentlich geholfen. Wir können auf diese Weise die Hoffnung haben, daß wir in der entscheidenden Diskussion für die Schaffung eines Volksgruppenrechts in Europa aktiv beitragen und teilnehmen können. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Bericht des Herrn Präsidenten Altsenator Dr. Mitterdorfer bleibt mir im Grunde nicht mehr viel übrig etwas hinzuzufügen. Ich möchte vielleicht hervorheben, daß bei allen Schwierigkeiten, denen Volksgruppen nicht nur in Europa sondern auch in aller Welt ausgesetzt sind, etwas in dieser Zeitspanne als positiv zu werten ist.: Es ist ein ungemeines Bewußtsein der Staatenwelt und der Organisationen eingetreten. Ein Bewußtsein für die Rechte der Volksgruppen und Minderheiten wie wir es in der vergangenen Zeit nicht hatten. Das ist ein positives Ergebnis, durch das die FUEV durch ihre nimmermüde Arbeit beigetragen hat. Der wissenschaftliche Beirat der FUEV ist aufgerufen, Rat zu geben, Fachwissen einzubringen, im Einzelfall die Dinge auszubalancieren und richtig zu beurteilen auch mit den entsprechenden Formulierungen; um den Organisationen eine Handhabe zu geben, die es ihnen erlaubt, mit diesem Bewußtsein auch vor Staatsmännern aufzutreten. Vielleicht ist es wichtig zu wissen, daß in den internationalen Organisationen im wesentlichen Bemühungen um einen Volksgruppen- und Minderheitenschutz von einem sog. Konsensprinzip getragen sind. Das Konsensprinzip bedeutet: Es müssen alle Teilnehmer mit den Formeln, die gefunden werden, übereinstimmen. Es gibt also keine Mehrheit-Minderheit - Entscheidung, die um vieles leichter wäre, Fortschritt zu gewinnen, sondern es gibt den mühsamen Konsens zu suchen, daß man auch in schwierigsten Fragen lange um solch einen Konsens entweder ringen muß oder zum Bewußtsein kommt, daß es keinen Konsens geben kann und dann bestimmte Vorstellungen einfach fallenzulassen. Was natürlich nicht heißen soll, daß diese Vorstellungen in das „Massengrab“ der fallengelassenen Vorstellungen verschwinden und nie mehr wiederkehren würden. Im Bereiche der Vereinten Nationen ist vor zwei Jahren eine Erklärung über den Schutz von Minderheiten abgefaßt worden, die von Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde. Diese Erklärung wurde bei der Wiener Gipfelkonferenz für Fragen der Menschenrechte (im Juli 1993) unterstrichen und man versucht im Schoße der Vereinten Nationen aus dieser Erklärung mehr zu machen und diese Erklärung weiter zu vertiefen. Man darf hier aber nicht übersehen, daß diese Vertiefung einer solchen Erklärung in harter Konkurrenz mit anderen Bemühungen steht. Es ist zweitens zu bemerken, daß im Rahmen der Vereinten Nationen durch die Existenz von Staaten, die den Volksgruppen und Minderheiten unheimlich zurückhaltend (um nicht zu sagen „feindlich“) gegenüber stehen, mit Formeln arbeiten, die vor allem zu vermeiden versuchen, die Minderheit als einen Gruppenkomplex zu sehen und eine Formel zu finden, daß man Rechte Personen, die zu Minderheiten gehören, garantieren will. Gerade diese Formel, die zu einer stereotypen Formel geworden ist, vermeidet, daß im Schoße der Vereinten Nationen die Gruppenrechte betont. Etwas, was man bis heute trotz größter Anstrengungen nicht überwunden hat, weil das Konsensprinzip eine wichtige Rolle in der Arbeit der Vereinten Nationen spielt - aber nicht nur dort, sondern auch in den Gremien des Europarates! Die Bemühungen der FUEV mit ihren Persönlichkeiten in diesem Prozeß einen Zugang zu erhalten, sind zwar unermüdlich aber ... mit unterschiedlichem Erfolg.

Wir haben eine Problematik vor uns, über die man vielleicht in dieser Delegiertenversammlung ein entscheidendes Wort zu sprechen haben wird. Es erwächst den Minderheiten eine Gruppe, die vor allem im Europarat als die sog. „Neuen Minderheiten“ bezeichnet werden: Es geht um Gastarbeiter, Flüchtlinge, Asylanten, die in den westeuropäischen Staaten Fuß zu fassen versuchen und für sich beanspruchen, als Minderheit anerkannt zu werden. Wenn es schon ein ausgeprägtes Minderheitenrecht gäbe, wäre dieser Wunsch begreiflich. Aber, da es keinen abgestuften internationalen Minderheitenschutz gibt, sind es nur Worte. Sie dürfen bitte nicht denken, daß die FUEV diesen Gruppen nicht Rechte zuerkennen würde. Gottseidank ist die europäische Staatengemeinschaft derselben auf die Sicherheit der Menschenrechte aller Mitglieder abgestellt. Wenn es auch keine Gruppenrechte für die neuen Minderheiten gibt, muß die FUEV sich besonders anstrengen, solche Gruppenrechte für die neuen Minderheiten zu gewinnen. Sie genießen in jedem Fall die hergebrachten Menschenrechte, d. h. diese Minderheiten sind nicht rechtlos gestellt. Wenn die FUEV mit dem Bewußtsein die klassischen Minderheiten zu schützen und Rückhalt zu geben, so hat die FUEV jedenfalls die Unterstützung aller jener, die fachlich an ihrer Arbeit mitarbeiten. Ich meine, daß diese Unterstützung nur als ein Positivum gewertet werden kann. Sie können sicher sein, daß alle die, die mit dem Präsidium auf diesem Gebiete arbeiten, weiterarbeiten werden, um die Grundzielsetzungen der FUEV zu vertreten bemüht sind. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

TOP: Bericht des FUEV-Vertreterers bei der NGO in Straßburg, Pierre Le Moine

in französischer Sprache

- Herr Präsident, meine Damen und Herren, der große 19. Nationalitätenkongreß des vorigen Jahres in Flensburg wurde von der Union als großer Erfolg gewertet. Noch nie zuvor in der nunmehr 45 jährigen Geschichte der FUEV hatten so viele Teilnehmer Interesse an der Arbeit und dem Wirken der FUEV bekundet. Es zeigt sich immer wieder, daß man „NIE - NIE“ sagen darf. Der 35. FUEV - Kongreß hier in Gdańsk wird von noch mehr angemeldeten Teilnehmern besucht als im Vorjahr. Das verdeutlicht den hohen Stellenwert der Minderheitenfrage in Europa.
Im Anschluß an den Kongreß im Mai 1993 nahm unser Vizepräsident Pierre Le Moine an der KSZE - Konferenz über Fallstudien in Minderheitenregionen in Warschau teil. Durch die geschickte Verhandlungstaktik des Sekretariatsleiters der deutschen Volksgruppe in Dänemark, Siegfried Matlok gelang es, den FUEV - Delegierten von Platz 48 auf den Platz 3 der Rednerliste zu setzen, so daß die internationalen Minderheitenorganisationen der FUEV und die Grundrechte der europäischen Volksgruppen allen Delegierten der KSZE - Konferenz zu Gehör gebracht werden konnten.
Ende Mai, Anfang Juni reiste eine FUEV - Delegation unter Leitung von Vizepräsident Karl Kring nach Rumänien. Die Herren unseres wissenschaftlichen Beirats, Prof. Dr. Felix Ermacora, Prof. Dr. Christoph Pan, Frau Dr. Irene Kustatscher, sowie unser Ungarnberater Joseph von Komlossy gehörten zu dieser Studiengruppe. Der Abschlußbericht hat hohe Beachtung und Anerkennung gefunden und wird heute noch von allen Bibliotheken, Instituten, Ministerien und Akademien angefordert.
In den Sommerferien zog das FUEV - Generalsekretariat in größere, hellere Räumlichkeiten um und verfügt jetzt über genügend Platz für alle Aktenordner und modernen Büromaschinen.
Ende Juni, Anfang Juli besuchte ich die Masurische Gesellschaft in Nordpolen und führte erste Gespräche mit dem Kaschubisch-Pommerschen Verein, mit Prof. Dr. Jozef Borzyszkowski und Stanislaus Pestka über den geplanten Kongreß 1994 in Gdańsk.
Im August und September stellten Ernst Meyer und ich die FUEV vor in verschiedenen Akademien in Schleswig-Holstein und Dänemark. Prof. Dr. Christoph Pan erläuterte in Travemünde die FUEV - Konvention vor den Delegierten der Welt - Flüchtlingsorganisation AWR, unser Präsident Dr. Karl Mitterdorfer referierte auf Einladung des italienischen Botschafters Ferraris auf Sizilien und Anfang Oktober vertrat unser Vizepräsident Pierre Le Moine die Union bei der KSZE - Konferenz „Human Dimension Implementation“ in Warschau.
Außerdem wurde unsere Konvention vorgestellt bei der Volksgruppentagung der Kärntner Landesregierung in Drobollach am Faaker See und bei der Tagung der Hans Seidel Stiftung in Zusammenarbeit mit der SVP in Neustift / Südtirol.
Ende Oktober besuchte uns Frau Dr. Prof. Swetlana Tschernowonaja vom Ethnologischen Institut der Akademie der Wissenschaften Rußlands und lud den Präsidenten, den Schatzmeister und den Generalsekretär zu einem Besuch in Nordkavkasusregion ein, um das Karatschai- und das Balkarische Volk zu besuchen. Das Minderheitenseminar in Straßburg unter dem Titel „Anwendung der internationalen Konvention zum Schutz der Rechte der Migranten und ethnischen Minderheiten und Volksgruppen in Europa“ besuchte im Auftrage der FUEV Romedi Arquint von den Rätoromanen im Oberengadin.
Ende November besuchten Vizepräsident Karl Kring, Schatzmeister Ernst Meyer und ich eine Woche lang Nordpolen. Wir fuhren über Stettin, Stolp, Danzig nach Allenstein. Neben dem Zusammentreffen mit Vertretern der deutschen Minderheiten und der Masurischen Gesellschaft galt unser Hauptanliegen, alle Einzelheiten mit den Verantwortlichen des Kaschubisch-Pommerschen Vereins über die Vorbereitung und Planung dieses Kongresses zu besprechen.
Anfang Dezember tagte wieder die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten“ innerhalb der FUEV im Heiligenhof in Bad Kissingen unter Leitung von FUEV - Präsident, Dr. Karl Mitterdorfer. Die Seminarleitung lag in den Händen des FUEV - Generalsekretärs. Die Jahreshauptversammlung wurde begleitet durch den Referatsleiter des Bundesinnenministeriums, Rolf Goßmann,
- Bonn.
Zur gleichen Zeit fand in Budapest ein Minderheitenseminar mit dem Thema „Die nationale Frage und Probleme der Minderheiten“ Die FUEV vertrat unser Ungarnexperte Joseph von Komlossy.
Seit dem 1. Januar 1994 konnte die FUEV im Generalsekretariat mit Hilfe der Hermann-Niermann-Stiftung eine 2. hauptamtliche Kraft anstellen. Unser Mitarbeiter Frank Nickelsen betreut die Datenverarbeitung, die Telekommunikation und das Layout unserer Informationszeitschriften sowie das regelmäßig erscheinende Bulletin „FUEV - Aktuell“, das in englisch, deutsch, französisch und russisch verschickt wird.
Es fanden im Berichtsjahr vier Präsidiumssitzungen statt.
Mitte Januar wurde die Ausschreibung für diesen Kongreß europaweit verschickt.
- Ende Januar 1994 empfing die schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin, Frau Ute Erdsiek-Rave Vizepräsident Karl Kring, Schatzmeister Ernst Meyer und den FUEV - Generalsekretär Armin Nickelsen zu einem Gespräch in Kiel.
- Vom 11. - 19. Februar 1994 besuchten Präsident Dr. Karl Mitterdorfer, Schatzmeister Ernst Meyer und ich die Nordkavkasusregion. Frau Dr. Prof. Swetlana Tschernowonaja vom Ethnologischen Institut der Akademie der Wissenschaften Rußlands begleitete uns die ganze Woche und dolmetschte bei den vielen Gesprächen beim Karatschai-Volk und beim Balkarischen Volk. Eine Dokumentation dieser Studienreise liegt als Broschüre aus. Ein herzlicher Dank gilt den Gastgebern von der demokratischen Organisation „Dzhamagat“ und dem Sponsor Prof. Dr. Aznaur Dudov aus Kislowodsk. Auf der Rückreise hatte sich die Delegation mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Rußlanddeutschen, Herrn Hugo Wormsbecher zu einem Gespräch verabredet.
- Anfang März 1994 fand in Zusammenarbeit mit der Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen und der Medzlisze des Krimtatarischen Volkes eine Kunstaussstellung in der Cubus Kunsthalle in Duisburg statt. Die Organisation hatte Frau Dr. Prof. Swetlana Tschernowonaja übernommen.
- Anfang April tagte noch einmal der FUEV - ad hoc - Ausschuß mit den beiden Vizepräsidenten des Nordens, Karl Kring und Dr. Klaus Petersen, Schatzmeister Ernst Meyer und dem Generalsekretär, um die Frage der Einrichtung von „FUEV - Regionalaus-schüssen“ zu erörtern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

TOP 4: Bericht des FUEV - Schatzmeisters Ernst Meyer (siehe Anlage)

TOP 5: Bericht der FUEV - Revisoren Kurt Pohlmann (Redner) und Hermann Heil

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Freunde der FUEV, laut Tagesordnung ist es unsere Aufgabe einen Revisionsbericht zu erteilen. Wir haben am 11. Januar 1994 die Unterlagen des Schatzmeisters überprüft. Wir konnten keine Unregelmäßigkeiten feststellen. Die Eintragungen in die Bücher und die Belege stimmten überein. Der Bankbestand wurde am Jahresende nachgewiesen. Wir konnten keine Unregelmäßigkeiten feststellen. Es liegt an der Natur der Sache, daß der Revisionsbericht der kürzeste ist. Deshalb bin ich schon am Ende angelangt. Ich möchte jedoch empfehlen, daß dem Schatzmeister und dem Präsidium Achtung erteilt wird. In eigener Sache möchte ich folgendes anmerken: Ich bin nun 12 Jahre Mitglied der FUEV und halte es für angebracht, daß ich aus Altersgründen mein Amt abgebe. Die Arbeit in der FUEV hat mir sehr viel bedeutet und dafür möchte ich mich sehr bedanken!

Versammlungsleiter Karl Kring verkündet, daß dem Schatzmeister und dem Präsidium Entlastung erteilt worden ist.

TOP 6: Bericht des Präsidenten der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), Roland Feichter

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, gerne nehme ich das Angebot der Zusammenarbeit und persönlichen Beratung des amtierenden Präsidenten der FUEV Dr. Karl Mitterdorfer an und freue mich auf ein gelingendes Zusammenspiel mit der FUEV. Als neuer Präsident der JEV freut es mich, Ihnen bei diesem 35. FUEV - Kongreß die Arbeit der Jugend Europäischer Volksgruppen ein wenig vorstellen zu dürfen. Innerhalb eines Jahres wurde das gesamte Präsidium neu bestellt. Es setzt sich nun wie folgt zusammen:

Präsident:	Roland Feichter (Südtiroler)
Vizepräsidentin:	Mireia Molina (Katalanin)
Vizepräsident:	Stefan Segner (Ungarndeutscher)
Schatzmeister:	Klaas Johan Osinga (Westfrieze)
Sekretär:	David Spinnler (Rätoromane)

Unser Präsidium verteilt sich geographisch auf Zentral-, West-, Nord- und Osteuropa. Wir hoffen, daß unsere unmittelbare Präsenz in diesen Regionen unserer Arbeit zugute kommt. Mit den scheidenden Mitgliedern des Präsidiums sind wir weiterhin verbunden. Ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit war sehr kostbar und ihre Erfahrung für uns wichtig. Die FUEV ist ja vielleicht die Zukunft mancher JEV - Funktionäre, wie einige anwesende FUEV - Vertreter bestätigen können.

Unsere Arbeit konzentriert sich seit der Öffnung Osteuropas besonders auch auf diesen Teil des Kontinentes. Unsere Seminare werden von dort gut besucht, es finden auch Jugendaustauschprogramme (besonders wichtig) statt und mit unserem Vizepräsidenten Stefan Segner findet dort verstärkte Aufbauarbeit statt.

Der iberische Raum wird von unserer Vizepräsidentin Mireia Molina i Taberner betreut und auch zu den britischen Inseln bauen wir verstärkt Kontakte auf. Im Juni werden wir dort bei einem großen Meeting anwesend sein.

Im Herbst werden wir bei einem weiter Großtreffen im Engadin in der Schweiz beim „spierte aviert - offener Geist“ mitwirken. Jugendlichen aus ganz Europa wird die Minderheitenfrage dort zentrales Thema sein.

Unser diesjähriger Osterkongreß war ein großer Erfolg. In Grow / Westfriesland (NL) ließen sich über 100 junge Menschen in die Problematik „Minderheitenkultur und Identität“ ein. Viel Sensibilisierungsarbeit und Aufarbeitung ist hierbei gefragt. Mit jugendlicher Kreativität und gelebter Offenheit bauten die teilnehmenden Volksgruppen Wege zueinander. Ein Riesenkompiment den westfriesischen Gastgebern.

Nächstes Jahr findet der traditionelle Osterkongreß in Klagenfurt bei den Kärntner Slowenen mit der Überschrift „Nationalismus und nationales Bewußtsein“ statt. Ein aktuelles Themengebiet wie auch jenes der Rätoromanen der Schweiz, die beim „Ostermeeting 1996 so manches bezüglich „Tourismus und Minderheiten“ beleuchtet werden.

Wichtig ist uns auch die Zusammenarbeit mit der FUEV. Ich werde mit meiner Person versuchen, Jugendanliegen in das Präsidium der Erwachsenen einzubringen. Diesbezüglich eine Bitte an Sie, sehr geehrte Damen und Herren dieser Delegiertenversammlung: Helfen auch Sie uns, suchen auch Sie von sich aus Wege zu den Jugendlichen, stützen oder beleben Sie bei sich Zuhause die Minderheitenarbeit bei der Jugend. In der Regierungserklärung des Landes Südtirol heißt es:

„Die Förderung der Jugendarbeit ist und bleibt die sicher wirksamste Investition in die Zukunft“
(Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder, 3. Februar 1994)

In diesem Sinne helfen Sie unserer gemeinsamen Zukunft in Europa und deshalb auch uns Jugendlichen und nehmen Sie Anteil an der Jugend Europäischer Volksgruppen.

Drei besonders belastende Grenzen unserer Arbeit möchte ich kurz umreißen:

- 1) Die Ehrenamtlichkeit hat ihre deutlichen zeitlichen Grenzen.
- 2) Die Geldmittel sind unter dem Zumutbaren für unsere Arbeit.
- 3) Die großen Distanzen zwischen den Organisationen können ohne Hauptamtliche und ausreichende Geldmittel nur unzureichend überwunden werden.

Hierbei muß zu unser aller Wohl und für die Zukunft etwas geändert werden. Zu alledem möchten wir auch gesellschaftspolitisch vor Ort und in Europa mitwirken.

Ziele für uns und unsere Welt sind Toleranz und Offenheit, Vielfalt und Respekt zu „Jedermann und Jederfrau“ im Alltag. Wir sehen unseren Auftrag denn, im Sinne der Menschenrechte trotz und gerade mit all den unterschiedlichen Anschauungen und

Meinungen gemeinsame Wege zu finden. Als Jugend versuchen wir fruchtbare Wege zu bereiten, zu geben und zu leben.

Zugestanden, es ist ein langer und beschwerlicher Weg. Aber es ist ein Weg!

Im Namen der Jugend Europäischer Volksgruppen danke ich für Ihre Mithilfe und schaue in eine gute Zukunft.

TOP 7: Wahlen

Dr. Karl Mitterdorfer:

Wir haben das Präsidium sowie die beiden Revisoren neu zu wählen. Nicht zu gewählt zu werden braucht der Vertreter der JEV. Bei dieser Gelegenheit muß ich Ihnen mitteilen, daß von dem alten Präsidium folgende Herren keine Wiederwahl wünschen: Oskar Böse, Karl Kring und Dr. Klaus Petersen. Ich danke den drei Herren für Ihre Mitarbeit, insbesondere Herrn Böse für die Bereitschaft im Sudetendeutschen Haus in München die Präsidiumssitzungen abhalten zu dürfen. Ein herzlicher Dank gilt auch den beiden Damen Frau Slawik und Frau Mückstein. Karl Kring und Dr. Klaus Petersen sind Vertreter der deutsch-dänischen Grenzzone gewesen. Ihnen habe ich besonders dafür zu danken, daß Sie immer bereit waren, auch im kleinen Kreis Entscheidungen zu treffen. Ein besonderer Dank gilt auch den Ehefrauen des Präsidiums.

Jetzt noch ein persönliches Wort: Nach vier Jahren gebe ich die Präsidentschaft wieder ab. Ich hatte sie 1990 trotz meines Alters zum 2. Male angenommen; auch in der Hoffnung, daß ich mich durch meine 30jährige Tätigkeit und Erfahrung als Parlamentarier für die europäischen Volksgruppen einsetzen kann. Dies schien in einer Zeit historischer Umbrüche und größter Herausforderungen besonders wichtig. Ob es gelungen ist, haben andere zu entscheiden. Für mich waren diese Jahre eine äußerst faszinierende Zeit, die durch die enge Zusammenarbeit und Solidarität im Präsidium und Generalsekretariat sehr belebend war. Ohne diese Zusammenarbeit wäre das Ansehen der FUEV nicht so gestiegen, wie es der Fall ist. Ein herzlichen Dank am Ende meiner Tätigkeit, die einen Zyklus von 35 Jahren Arbeit für die FUEV einschließt.

Das alte Präsidium hat gründlich beraten, wie die Zusammensetzung des neuen Präsidiums auszusehen hat. Das alte Präsidium hat für das Präsidentenamt Prof. Dr. Christoph Pan vorgeschlagen. Er ist Professor in Innsbruck und Leiter des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstituts. Er hat schon seit Jahren als Pressekoordinator in unserem Präsidium mitgearbeitet. Sie kennen ihn auch durch seine Bemühungen um ein europäisches Volksgruppenrecht.

Das alte Präsidium hat für das Vizepräsidentenamt folgende Personen vorgeschlagen:

Dr. Reginald Vospernik (nimmt eine Wiederwahl an),
Pierre Le Moine (nimmt eine Wiederwahl an, in der Hoffnung, daß für ihn ein Nachfolger aufgebaut wird),
Hans Heinrich Hansen (deutscher Nordschleswiger),
Romedí Arquint (Rätoromane),
Dr. Ludwig Elle (Lausitzer Sorbe / Domowina) und
Joseph von Komlossy (Vertreter der ungarischen Minderheiten).

Ferdinand Moschengross:

Das Präsidium hat vergessen, ein Vertreter der Elsaß-Lothringer vorzuschlagen. Ich verweise dabei auf die große Anzahl von 3 Mio. Elsaß-Lothringer im Gegensatz zu „nur“ 260.000 Südtiroler und „nur“ 20.000 - 30.000 deutschen Nordschleswiger. Dazu kommt, daß in unserer Region ohnehin das Europaparlament und der Europarat sitzt. Ich schlage mich selbst vor.

Karel Smolle:

Ich gehe davon, daß sich das Präsidium mit der Zusammensetzung des neuen Präsidiums sehr intensiv befaßt hat. Ich bin der Meinung, daß der Vorschlag des Präsidiums sehr ausgewogen ist. Die Frage nach der Größe einer Volksgruppe können wir hier nicht diskutieren! Ich bitte die Delegierten, dem Präsidium zu helfen, und schlage vor den Präsidiumsvorschlag zu unterstützen!

Hafizy Azem:

Ich wünsche mir von Ihnen, ----- daß ----- einige Sachen sind unverständlich.....

ERGEBNIS DER WAHL ZUM FUEV - PRÄSIDENTEN:

- Prof. Dr. Christoph Pan wird mit 31 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zum neuen FUEV - Präsidenten gewählt.

Prof. Dr. Christoph Pan:

Meine Damen und Herren,
soeben haben Sie mich zum neuen Präsidenten gewählt und ich darf Ihnen die formell notwendige Erklärung abgeben, daß ich das Amt akzeptiere. Erlauben Sie mir aus diesem Anlaß eine kleine persönliche Bemerkung: Der Erwartungsdruck ist groß. Ich möchte daher - um diesem gerecht zu werden - daß ich mit Ihrer aller Unterstützung rechnen darf. In den letzten Jahren, in denen ich eng mit dem Präsidium zusammengearbeitet habe, konnte ich persönlich sehr viel Positives erleben. Es hat mich menschlich und persönlich bereichert und gibt mir die Zuversicht, daß in diesem Geiste, die wir die Aufgaben in den nächsten zwei Jahren bewältigen können. Alle sind wir uns einig, daß die Volksgruppenrechte als Menschenrechte genauso wie für alle anderen Menschen zu erreichen und zu verwirklichen sind. In dieser Aufgabe sind wir uns einig und auch das gibt mir die Zuversicht, das wir den Schwierigkeiten, die uns bevorstehen, gewachsen sein werden. In diesem Sinne will ich mein Bestes tun!

ERGEBNIS DER WAHL ZUM FUEV - VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. Reginald Vospernik wird mit 31 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimmen und einer Enthaltung zum Vizepräsidenten gewählt.

- Pierre Le Moine wird mit 31 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zum Vizepräsidenten gewählt.
- Peter Iver Johannsen:

Ich will den Vorschlag, Hans Heinrich Hansen als Vizepräsidenten zu wählen, noch etwas begründen: Der BdN ist von Anfang an, an der FUEV - Mitarbeit sehr interessiert. Ich erinnere nur daran, daß unser früherer Hauptvorsitzender, Hans Schmidt-Oxbüll selbst einmal FUEV - Präsident war und unserer früherer Chefredakteur und Folketingsabgeordnete, Jes Schmidt Vizepräsident der FUEV war. Wir wünschen unsere Erfahrungen der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland in die FUEV - Arbeit einzubringen. Wir haben in dieser Minderheitenpolitik positive Erfahrungen gesammelt, wie man Kultur, Sprache, Identität pflegt und verteidigt. Wir haben positive Erfahrungen gesammelt, wie man zwischen Mehrheit und Minderheit und zwischen Staat und Minderheit zu einem durchaus positiven Verhältnis kommen kann. Diese Erfahrungen möchten wir gerne durch die Person Hans Heinrich Hansen in die Präsidiumsarbeit einbringen. Hinzu kommt, daß Hans Heinrich Hansen eine außerordentlich kompetente und eine sachkundige Persönlichkeit ist. Er ist Vorsitzender des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) und der auch über sehr gute Kontakte zu deutschen wie dänischen Politikern verfügt. Mit dieser Motivation möchte ich die Delegierten bitten, Hans Heinrich Hansen zum FUEV - Vizepräsidenten zu wählen.

Hans Heinrich Hansen wird mit 25 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zum Vizepräsidenten gewählt.

Romedi Arquint wird mit 26 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimmen und einer Enthaltung zum Vizepräsidenten gewählt.

- Dr. Ludwig Elle wird mit 29 Stimmen (von 35 ..?) einer Gegenstimme und ohne Enthaltungen zum Vizepräsidenten gewählt.

György Haan (Verband der Ungarndeutschen):

- Ich schlage vor noch zwei weitere Kandidaten in das Präsidium zu wählen, denn wenn wir das Präsidium nach Regionen aufteilen, muß man bedenken, daß der Verband der Ungarndeutschen der erste Verband war, der noch zu kommunistischer Zeit in die FUEV aufgenommen wurde, anfangs als assoziiertes, später als ordentliches Mitglied. Man soll auch daran denken, daß in dieser Region die deutsche Minderheit da war - nach dem Kriege vertrieben wurde. Sie hat einen großen Kampf der Demokratie geführt um einen Regierungswechsel zu ermöglichen. Ich erinnere ebenfalls daran, daß wir (Ungarndeutsche) im vorigen Jahr, (Flensburg) uns dafür stark gemacht haben, daß ein weiterer Ungarnverband ordentliches Mitglied wurde. Es wurde extra dafür eine Sitzung einberufen. Ich sage das, um zu betonen, daß ich für zwei Kandidaten bin, die ins Präsidium gewählt werden sollten - natürlich wenn es möglich ist.

Armin Nickelsen (Leiter der Wahlhandlung):

Zwei Kandidaten zusätzlich ins Präsidium zu wählen, ist aus satzungstechnischen Gründen nicht möglich. Der letzte Platz ist daher nur von einer Person zu besetzen. Es sei denn, es gibt außer Joseph von Komlossy noch einen weiteren Vorschlag.

György Haan (Verband der Ungarndeutschen):

Ich schlage vor, Geza Hambuch in das Präsidium zu wählen.

Armin Nickelsen (Leiter der Wahlhandlung):

Damit haben wir zwei Vorschläge: Dipl. ing. Joseph von Komlossy als Vertreter der Ungarnverbände und den Geschäftsführenden Vorsitzenden vom Verband der Ungarndeutschen, Geza Hambuch. Ich habe hier eine Erklärung zu verlesen:

Erklärung

Für den ungarischen demokratischen Verband Rumäniens (RMDSZ), Herrn Laszlo Pillich;
für die Coexistence - Zusammenleben, Herrn Laszlo Florian;
für den ungarischen Verband in der Vojvodina, Herrn Dr. Emil Farkas

wird erklärt, Herrn DIPL.ING. JOSEPH VON KOMLOSSY als gemeinsamen Kandidaten für die Neuwahl zum Vize-Präsident im FUEV-Präsidium zu benennen.

Danzig, am 12.05.1994

Laszlo Pillich Laszlo Florian Emil Farcas

Dr. Reginald Vospernik:

Meine Damen und Herren, wir haben uns im Präsidium zu diesem Problem unterhalten. Wir sind zum Entschluß gekommen, den Vorschlag so einzubringen, wie er vom Präsidium einstimmig eingebracht wurde, weil wir meinen, daß dies ein ausgewogener Vorschlag ist:

2 Deutschsprachige, 2 Slawischsprachige, 1 Romanischsprachiger, 1 für die Gruppen ohne Mutterstaat, ein Breton und 1 Angehöriger der ugro-finnischen Sprachgruppe.

Wir haben uns das gründlich und lange überlegt! Um aber auch dem Wunsch der Ungarndeutschen entgegenzukommen, könnte ich mir persönlich vorstellen - ich möchte das künftige Präsidium damit überhaupt nicht belasten - daß man in ähnlicher Weise, wie es in der vergangenen Periode der Fall war, eine Person in das Präsidium als Experten oder Vertreter bestimmter Gruppen kooptiert. Natürlich ohne Stimmrecht! Die Satzung sieht nur maximal 6 Vizepräsidenten vor und wir können hier nicht einfach unsere eigene Satzung nichtbeachten. Das wäre eine Möglichkeit, um aus dieser Situation herauszukommen. Das müßte allerdings das neue Präsidium entscheiden, wobei der neue Präsident ein sehr gewichtiges Wort hat. Ich glaube aber schon, daß die Ungarnvertreter im Präsidium vertreten sein sollten. Es gibt sehr viele ungarische Volksgruppen in Europa und ich denke es ist wichtig, daß gerade diese Volksgruppen in unserer Union vertreten sind, zumal auch die Person, die zur Wahl steht, von den ungarischen Mitgliedsorganisationen - und ich nehme an - auch von den burgenländischen Ungarn, die bei uns auch Mitglied sind, akzeptiert. Von drei Organisationen haben wir es jedenfalls schriftlich. Danke!

Bela Toncovic:

Sehr geehrte Damen und Herren, darf ich zunächst das Präsidium fragen, ob ein assoziiertes Mitglied ein Mitspracherecht hat. Danke! Ich möchte zu der Person, von Herrn von Komlossy einige Worte sagen: Herr von Komlossy hat in unserer tragischen Situation nach dem Zerfall „Jugoslawiens“ viele wertvolle Dienste erwiesen. Er hat sich als eine Person erwiesen, die an allen Konferenzen seine Dienste angeboten hat. Gerade hinter den Kulissen der vielen Versuche einer Friedenskonferenz über das ehemalige „Jugoslawien“ hat er einen wertvollen Erfolg erzielen können. Auch wenn wir uns offiziell nicht zusammensetzen durften, hat er immer versucht, einen Ausweg zu finden. Gerade deswegen möchte ich plädieren, daß Herr von Komlossy in dieses Präsidium als Vizepräsident gewählt wird.

Laszlo Pillich:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten, daß die ungarischen Minderheitenorganisationen durch eine Person repräsentiert werden. Das ist unserer Meinung nach eine operative Lösung. Herr von Komlossy, der bisher sehr eng mit der FUEV zusammengearbeitet hat, kennt die Probleme aller Minderheiten, kann daher auch andere Minderheiten sehr leicht repräsentieren. Ich möchte nur sagen, daß die Ungarndeutschen ebenso leicht von Herrn von Komlossy repräsentiert werden können.

Oskar Böse:

Sind die Ungarndeutschen mit einer von Herrn Dr. Vospernik vorgebrachten Lösung einverstanden?

György Haan (Verband der Ungarndeutschen):

Ja!

Joseph von Komlossy wird mit 29 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen zum Vizepräsidenten gewählt.

ERGEBNIS DER WAHL ZUM FUEV - REVISOREN:

Heinrich Schultz:

Ich möchte den ehemaligen Generalsekretär des Sydslesvigske Forening (SSF), den ehemaligen Vizepräsidenten der FUEV, Herrn Karl Kring als Revisor vorschlagen.

- Hermann Heil (nimmt eine Wiederwahl an) wird mit 32 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen zum FUEV - Revisor gewählt.
- Karl Kring wird mit 32 Stimmen (von 35 ..?) ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen zum FUEV - Revisor gewählt.

Pierre Le Moine:

Ich möchte etwas zum scheidenden FUEV - Präsidenten Dr. Karl Mitterdorfer sagen: Mein lieber Karl, wie viele Veränderungen haben wir notiert, wenn wir uns an Dich gewendet haben vor vier Jahren? Es waren viele und zwar deswegen, weil Du perfekt alle Wege der europäischen Organisationen gut gekannt hast. Deswegen sind wir zurück zu Europa gekommen. Du hast die Union zu einer großen Öffnung insbesondere Osteuropas geführt. Wir möchten unsere große Dankbarkeit äußern!

Oskar Böse:

Ich möchte nur unterstreichen, was Pierre Le Moine gesagt hat und hinzufügen, daß dieses FUEV - Präsidium ein konkretes Beispiel europäischer Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen war und ist.

TOP 8: Aufnahme neuer Mitglieder

Armin Nickelsen:

Bei der Aufnahme neuer Mitglieder geht es um drei Kriterien:

- 1) der Nachweis, das ein Präsidium demokratisch gewählt ist;
- 2) daß man anerkannt und registriert ist und Satzungen besitzt;
- 3) daß man repräsentativ in den jeweiligen Regionen ist.

Es liegen mehrere Anträge vor: Das Präsidium hat die Unterlagen geprüft. Die Delegiertenversammlung hat bei den Anträgen um korrespondierende Mitgliedschaft (darüber braucht nicht abgestimmt zu werden) folgende Anträge zur Kenntnis zu nehmen:

Vereinigung der Griechen in der Russischen Föderation (über 100.000 Personen)

-
- Liga der Aromunen in Mazedonien

Antrag um assoziierte Mitgliedschaft

Polnische Volksminderheit in der Tschechischen Republik

Vertreterin dieser Organisation:

Verehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, diese Organisation kurz vorzustellen: Sie gehörte 1918 der österreichisch-deutschen Monarchie und dieses Gebiet wurde von drei Nationalitäten beheimatet: Polen, Deutschen und Tschechen. Nach dem 1. Weltkrieg wurde dieses Gebiet aufgrund eines Abkommens in zwei Staaten aufgeteilt: in die Polnische Republik und die Tschechische Republik. Auf diesem Gebiet, daß aufgrund dieses Abkommens der Tschechischen Republik zugeteilt wurde, sind bei der österreichischen Volkszählung 1910 123.000 Polen aufgezählt; d. h. 70%. Nach der Befreiung Anfang 1920 nahmen Polen innerhalb der Tschechoslowakei seine Identität auf in Form von Vereinen (kulturelle, sportliche und konfessionelle). Es konnten jedoch nur manche finanzielle Bedürfnisse erfüllt werden. Anfang 1939 erlebte die polnische Minderheit nur unter erschwerten Bedingungen. Es gab eine hohe Anzahl von Opfer in der Zivilbevölkerung zu verzeichnen. Kommunisten bildeten als einzige eine polnische Organisation. Diese Tätigkeit wurde der kommunistischen Partei unterstellt. Die polnische Minderheit verkleinerte sich von 24% (1950) auf nur 11.8% (1990). Nach dem Zerfall des kommunistischen Regimes wurden manche Vereine reaktiviert. Allgemein sind in der Tschechischen Republik die Rechte einer Minderheit so zu verstehen, daß die Rechte individueller Personen. Die Minderheit hat zwar die Möglichkeit ihre Probleme vorzubringen, hat jedoch keine Kompetenzen. Im Namen dieser Minderheit habe ich die Ehre, um die assoziierte Mitgliedschaft in die FUEV zu bitten.

Polnische Volksminderheit in der Tschechischen Republik ist mit 26 Stimmen als assoziiertes Mitglied in die FUEV aufgenommen worden

Armin Nickelsen:

-
- Korrespondierende Mitgliedschaft

Grænseforeningen als korrespondierendes Mitglied in die FUEV

Haderslev Statsseminar als korrespondierendes Mitglied in die FUEV

- Vereinigung der polnischen Tataren als korrespondierendes Mitglied in die FUEV
- Gemeinschaft der Wallachen in Jugoslawien (Pokret Vlacha i Rumuna Jugoslawija) als korrespondierendes Mitglied in die FUEV
-
- Balkarisches Volk "Naltschik" als korrespondierendes Mitglied in die FUEV
-
- Nogai Volk "Birlit" (Einheit) als korrespondierendes Mitglied in die FUEV
- Assoziierte Mitgliedschaft
-
- Polnische Union in Litauen („The Polish Union of Lithuania“)

Armin Nickelsen:

Zwar ist kein Vertreter dieser Organisation anwesend. Jedoch hat sich eine FUEV - Delegation (Dr. Karl Mitterdorfer, Dr. Reginald Vospersnik und ich) vor Ort überzeugen können, daß diese Organisation die satzungsgemäßen Voraussetzungen erfüllt.

Polnische Union in Litauen („The Polish Union of Lithuania“) ist mit 25 Stimmen als assoziiertes Mitglied in die FUEV aufgenommen worden

TOP 9: Antrag um Höhergruppierungen

- Medzhlis des krimtatarischen Volkes (1992 als korrespondierendes Mitglied aufgenommen) ist mit 25 Stimmen als assoziiertes Mitglied in die FUEV aufgenommen worden.

Freiheitsbrücke von assoziierte Mitgliedschaft auf ordentliche Mitgliedschaft

Oskar Böse:

Meine Damen und Herren, wir sehen ja, explosionsartig kommen Anträge um Aufnahme wie um Höhergruppierung auf die FUEV zu. Damit kommt für das Präsidium eine besondere Verantwortung zu. Das Präsidium war der Auffassung, daß man bei den Gruppierungen im früheren Ostblock eine jährliche Bewährungsprobe einräumen sollte. Das betrifft vor allen Dingen auch die Freiheitsbrücke! Das Präsidium hat sich mit dem Vorsitzenden dieser Organisation auch getroffen, hat sich das Anliegen angehört und war der Meinung, daß man anraten sollte, daß man hier noch zwei Jahre warten sollte. Es geht nicht nur darum, daß eine Initiative zur Gründung eines Verbandes entwickelt wird, sondern daß dieser Verband auch die Bewährungsprobe in der praktischen Arbeit abzulegen hätte; d. h. Seminare, Kulturveranstaltungen usw. kurz um, alles das, was eine Volksgruppenorganisation aus macht und dem Präsidium mitteilen sollte. Wir bitten also, das gilt als allgemeine Mitteilung für alle, die weiterhin Interesse bekunden, daß sie die Tätigkeitsberichte, die jährlich sind, auch dem Präsidium, d. h. dem Generalsekretariat zur Kenntnis geben. In diesem Fall hat das Präsidium beschlossen, dem Antrag nicht stattzugeben.

Dr. Ludwig Dusan Kolnik:

Wir können solche Tätigkeiten nicht vorweisen, weil wir nicht die entsprechenden finanziellen Mittel haben. Es wird ein großer Rückschlag für unsere generelle Tätigkeit sein, wenn dieser Vorschlag, den das Präsidium gemacht hat, angenommen wird. Das muß ich Ihnen ehrlich sagen. Wir sind das einzige Land, wo die deutsche Minderheit im Zuge der Anerkennung der Minderheiten nicht anerkannt wurde. Auch in Polen hat der Staat behauptet, es gibt keine deutsche Minderheit. Dasselbe erleben wir hier in diesem Land. Es ist nicht richtig, wenn auch noch diese Unterstützung abgesagt wird. Danke!

Dr. Yvo Peeters:

Ich erlaube mir das Wort zu ergreifen und beantrage den Antrag der Deutschen in Slowenien zu unterstützen. Ich bin ganz sicher, daß die Republik Slowenien, mit der ich viele Beziehungen habe, eine große Anstrengung macht, in ihrem Gesetz ein Minderheitenschutz einzubauen, insbesondere für italienische und ungarische Gruppen, denn es ist ein wirkliches Problem, ein psychologisches, zu der deutschen Volksgruppe in Slowenien, dessen Bestehen jahrelang in Wissenschafts- und Regierungsgremien und verneint worden ist. Ich plädiere wie gesagt dafür, diesen Verein psychologisch und moralisch zu unterstützen.

Geza Hambuch:

Ich kann es nur schwer begreifen, warum die deutsche Minderheit in Slowenien nicht anerkannt wird. Ich denke, es ist auf historische Ursachen zurückzuführen, die heute nicht mehr bestehen. Das Präsidium hat eigentlich nicht begründet, warum diese

Volksgruppe nicht als ordentliches Mitglied aufgenommen werden sollte. Ich bin mit meinem Vorredner voll und ganz einverstanden. Ich denke, es liegt auch im Interesse der FUEV und entspricht der Satzung der FUEV, daß wir solchen Minderheiten helfen, zu ihrem Recht zu kommen. Ich bin dafür, die deutsche Minderheit in Slowenien als ordentliches Mitglied höherzustufen.

Karel Smolle:

Wie wahrscheinlich den meisten hier Anwesenden bekannt, haben sich gerade die Kärntner Slowenen dafür eingesetzt, dem Verband des Herrn Dr. Kolnik zu ermöglichen, mitzuarbeiten an der FUEV. Ich möchte folgendes anmerken in Richtung des Vorschlages des Präsidiums: Ich unterstütze, den Vorschlag des Präsidiums, mit der ordentlichen Mitgliedschaft zu warten. Das hat einfache Gründe: Herr Dr. Kolnik ist sehr bemüht um die Personen, die in seinem Verein sind und auch teilweise darüber hinaus und vor allen das Problem der Institution haben. Das ist sicher ein Problem. Das kann auch ein Minderheitenproblem sein. Hier geht es nicht um die Anerkennung der deutschen Volksgruppe in Slowenien. Wenn sich dort autochthon eine solche Volksgruppe konstituiert, sich artikuliert, bei Zählungen oder bei anderen Gelegenheiten darstellt, dann anerkennt sie sich ja selbst. Ich habe ja gerade in Erfahrung gebracht, daß man in Ljubiana versucht, einen breiteren Verband zu gründen als den von Herrn Dr. Kolnik. Der Verband von Herrn Dr. Kolnik ist ein Verband von Slowenen und Deutschen in und außerhalb Sloweniens. Das ist ein bißchen etwas anderes als eine Volksgruppenvertretungsorganisation. Eine dritte Anmerkung: Von seiten der Kärntner Slowenen wurde mir berichtet, daß man immer wieder an Herrn Dr. Kolnik herangetreten ist, um ein bißchen kulturelle Kooperation diessseits und jenseits der Grenze zu betreiben. Da könnte sich etwas ergeben. Es ist festzustellen, daß von kulturellen oder sonstigen minderheitenvolksgruppenähnlichen Aktivitäten bei dem Verband Freiheitsbrücke nicht gesprochen werden kann. Das liegt nicht an uns. Diese Aktivitäten muß die deutsche Volksgruppe vielleicht mit einem anderen Verband zusammenlegen. Herr Dr. Kolnik müßte versuchen, mit den Deutschsprachigen in der Laibacher Region zu sprechen. Erstens sind dort mehr vorhanden und sind vielleicht kulturell mehr zu motivieren. Mein Fazit: Es geht nicht um die Anerkennung dieser Volksgruppe, sondern darum, ob die deutsche Minderheit in Slowenien als repräsentativ angesehen werden kann. Als Kenner dieser Region meine ich NEIN und unterstütze den Vorschlag des Präsidiums.

Hafizy Azem:

Ich war jetzt in Albanien. Eine Organisation in Albanien mit dem Namen ----- hat mich gebeten, daß ich Sie frage, ob diese Organisation verbreitet werden darf - als Mitglied in der Union. Ich werde sie demnächst vorstellen.

Oskar Böse:

Es ist zwar kein Beitrag zur herrschenden Debatte - aber natürlich dürfen Sie die Mitgliedschaft der erwähnten Organisation mit den entsprechenden Unterlagen beantragen. Aus Zeitgründen jedoch erst zum nächsten Mal.

Romedi Arquint:

Ich denke auch, daß die Diskussion eine schiefe Richtung angenommen hat. Es geht überhaupt nicht darum, ob eine assoziierte Organisation, die assoziiertes Mitglied der Union ist, eine Berechtigung hat, ob ihre Arbeit sinnvoll ist und wie ihre Arbeit auszusehen hat. Leider hat sich diese Diskussion ein bißchen dort hinbewegt. Ich bedaure das. Ich interpretiere das Präsidium insofern ein bißchen anders. Wir haben sehr viele neue Organisationen, die sich in den letzten Jahren der FUEV angeschlossen haben - und einige warten schon seit Jahren darauf, daß sie zu ordentlichen Mitgliedern gemacht werden. Andere, die ein Antrag vorbringen, möchten diesen Prozeß eigentlich beschleunigen. Das Präsidium steht vor einer schwierigen Situation. Man muß - und ich denke, das ist die Aufgabe des nächsten Jahres - sich einigermaßen im Klaren werden, über Kriterien der Höherstufung. Damit nicht Präjudizfälle entstehen, d. h. damit nicht einfach ein assoziiertes Mitglied aus irgendwelchen Gründen - vielleicht auch emotionellen, die bei einer solchen Delegiertenversammlung vorgebracht werden könnten - eine Einstufung erhält, die da nicht das Gleichgewicht und eine klare Entscheidung der FUEV über die Zusprechung der ordentlichen Mitgliedschaft entscheidet, irgendwie schon vorausnimmt und präjudiziert. Der Vorschlag des Präsidiums ist vernünftig insofern, daß er den Auftrag bekommt, eine klare Konzeption zu entwickeln, über die Erhebung von assoziierten Mitgliedern zu ordentlichen und das dann auch einer gleichberechtigten aller gleich einsichtbaren Weise auch vortragen kann. Deshalb will ich die Delegiertenversammlung davor warnen, die Höherstufung und den Antrag, den wir gehört haben, anzunehmen.

Oskar Böse:

Ich verweise auf den Art. 5 unserer Satzung: „Als ordentliche Mitglieder können nur Organisationen aufgenommen werden, die repräsentativ die Interessen ihrer Volksgruppe vertreten, demokratisch verfaßt sind, dem Art. 2 entsprechen und einen wesentlichen Teil der Volksgruppe als Mitglieder haben.“ Weil wir das alles nicht genau feststellen können, wollen wir dieser Gruppe die Möglichkeit geben, dem Art. 5 zu entsprechen. Wir meinen, daß die nächsten zwei Jahre Zeit beitragen könnten, diesen Forderungen gerecht zu werden.

Dr. Ludwig Dusan Kolnik:

Wenn beim Präsidium Zweifel anwesend war, dann ist es immer ein demokratisches Recht, denjenigen, über den man zweifelt, zu befragen. Wiedergutmachung ist nur ein Kriterium. Wir haben jede Woche Veranstaltungen, wo wir unsere Sprache vervollständigen. Wir bemühen uns bei unseren Veranstaltungen, obwohl unsere Leute nicht in die deutsche Schule gingen, die deutsche Sprache zu pflegen (Gedichte, Musik). Wir sind kulturell, sozial und sportlich tätig. Im sportlichen Bereich haben wir sogar eine Silbermedaille (bei den slowenischen Meisterschaften) zu verzeichnen. Nach diesen ganzen Tätigkeiten wurden wir nicht befragt. Ich danke meinem österreichischen Kollegen (Karel Smolle) und Herrn Dr. Vosperek für seine Bemühungen in Cottbus. Seither hat sich jedoch die Situation rapide geändert und die Anerkennung ist wieder weit entfernt. Bei allem Respekt, muß ich Herrn Karel Smolle bescheinigen, daß er die Situation nicht richtig einschätzt und ihm einige Kompetenzen, über unseren Verein zu berichten, fehlen.

Der Antrag des Präsidiums zwei Jahre damit zu warten, die deutsche Volksgruppe in Slowenien „Freiheitsbrücke“ von der assoziierten zur ordentlichen Mitgliedschaft höherzustufen, ist mit 14 Stimmen (von ...357) und 4 Gegenstimmen angenommen.

Prof. Dr. Vasile Barba:

Wir vertreten die Aromunen. In sämtlichen Ländern, Griechenland, Albanien, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien haben wir kein Recht, unsere Sprache zu sprechen. Wir haben seit zehn Jahren unsere Zentrale in Freiburg. Vor zwei Jahren habe ich schon den Antrag gestellt um ordentliche Mitgliedschaft.

Oskar Böse:

Das Präsidium schätzt Ihre Arbeit sehr, Herr Prof. Dr. Barba. Doch laut Art. 5 sind wir der Meinung, damit zwei Jahre zu warten. Bitte haben Sie dafür Verständnis

Der Antrag des Präsidiums zwei Jahre damit zu warten, die Union für aromunische Sprache und Kultur von der assoziierten zur ordentlichen Mitgliedschaft höherzustufen, ist mit 14 Stimmen angenommen.

TOP 10: Behandlung und Verabschiedung eingereicherter Resolutionen

Resolution

über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker in der Russischen Föderation

Die Delegiertenversammlung des FUEV-Kongresses zu Gdansk / Danzig stellt fest, daß die völlige Rehabilitierung der infolge ungesetzlicher Akte des stalinistischen Regimes (vom 28. August und 7. September 1941) in ihren Grundrechten schwer verletzten Völker sowie die Wiederherstellung aller ihrer Rechte, wie dies in den neuen Gesetzen und Rechtsakten der Russischen Föderation anerkannt und proklamiert wurde, noch nicht verwirklicht sind, wie etwa im Falle der Rußland-Deutschen.

Die Delegiertenversammlung fordert die Verantwortlichen der Russischen Föderation zur konsequenten und diskriminationslosen Verwirklichung des Gesetzes über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker einschließlich der Bestimmungen über die territoriale Rehabilitierung auf, wie z.B. im Falle der Rußland-Deutschen durch die Wiederherstellung der früheren Autonomie.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Schicksal nationaler Minderheiten, auch jenes kleiner Völker und Volksgruppen, nicht mehr wesentlich zu den inneren Angelegenheiten eines Staates gehört, in welchem diese leben, sondern nach Maßgabe der internationalen Verpflichtungen von legitimem, allgemeinem, internationalem Interesse ist, beauftragt die Delegiertenversammlung das Präsidium der FUEV, diese Resolution den zuständigen Organen und Instanzen der Russischen Föderation zur Kenntnis zu bringen.

Resolution

über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker in der Russischen Föderation

Die Delegiertenversammlung des FUEV-Kongresses zu Gdansk / Danzig stellt fest, daß die völlige Rehabilitierung der infolge ungesetzlicher Akte des stalinistischen Regimes (vom 12. Oktober 1943) in ihren Grundrechten schwer verletzte Völker sowie die Wiederherstellung aller ihrer Rechte, wie dies in den neuen Gesetzen und Rechtsakten der Russischen Föderation anerkannt und proklamiert wurde, noch nicht verwirklicht sind, wie etwa im Falle des Karatschaivolkes.

Die Delegiertenversammlung fordert die Verantwortlichen der Russischen Föderation zur konsequenten und diskriminationslosen Verwirklichung des Gesetzes über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker einschließlich der Bestimmungen über die territoriale Rehabilitierung auf, wie z.B. im Falle des Karatschaivolkes durch die Wiederherstellung der früheren Autonomie.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Schicksal nationaler Minderheiten, auch jenes kleiner Völker und Volksgruppen, nicht mehr wesentlich zu den inneren Angelegenheiten eines Staates gehört, in welchem diese leben, sondern nach Maßgabe der internationalen Verpflichtungen von legitimem, allgemeinem, internationalem Interesse ist, beauftragt die Delegiertenversammlung das Präsidium der FUEV, diese Resolution den zuständigen Organen und Instanzen der Russischen Föderation zur Kenntnis zu bringen.

Resolution

Die Delegiertenversammlung der FUEV zu Gdansk / Danzig nimmt zur Kenntnis, daß trotz der Bemühungen internationaler Vermittler der Konflikt, der über Bosnien-Herzegowina ausgebrochen ist, und wie kaum ein anderer grobe Verletzungen von Volksgruppen- und Menschenrechten zu beklagen hat, noch immer nicht im Sinne der allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes friedlich gelöst ist. Abgesehen von den bekannten Verletzungen der Menschenrechte bedeuten die zwangsweisen Bevölkerungsverschiebungen, die offenbar geduldet werden, die Begehung des Verbrechens des Völkermordes. Die FUEV begrüßt, daß diese von einem internationalen Gerichtshof strafrechtlich verfolgt werden.

Demgegenüber gehen die Bemühungen des Europarates, ein allgemein anerkanntes europaweites System zum Schutze der Minderheiten und Volksgruppen zu entwickeln, wie dies auf dem Europaratgipfel von Wien im Oktober 1993 angekündigt wurde, nur schleppend und mühsam voran. Wichtige Schutzmaßnahmen für Völker, wie z.B. einzelne Gruppenrechte, werden bei den Beratungen in Straßburg geradezu ausgeklammert. Auch über ein System europäischer Garantie für die Existenz und friedliche Entwicklung der europäischen Volksgruppen und Minderheiten besteht keine Einhelligkeit. Lediglich die Ansätze einer Konvention über die Rechte im kulturellen Bereich von Volksgruppen und Minderheiten weisen einen gewissen Fortschritt aus. Im übrigen wird an einer recht unverbindlichen Rahmenkonvention für Volksgruppenrechte gearbeitet, deren Ergebnisse heute noch nicht abzusehen sind.

Die FUEV, in Wahrung aller legitimen Interessen der Volksgruppen und Minderheiten, deren Rechte entweder mit Füßen getreten werden oder gefährdet sind, appelliert nachdrücklich an die Regierungspolitiker Europas und an die Europäischen und anderen Internationalen Gemeinschaften, vor allem den Europarat, ihre Arbeiten auf dem Gebiete des Volksgruppen- und Minderheitenschutzes rasch voranzutreiben und abzuschließen. Dabei soll der FUEV Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu Vertrags- und Konventionsentwürfen gegeben werden, die die offiziellen Experten des Europarates erarbeiten.

Die FUEV ist nach wie vor der Meinung, daß die aktualisierten Texte der Cottbuser - Erklärung vom Mai 1992 die geeignete Grundlage und Richtlinie für einen fruchtbringenden europäischen Volksgruppen- und Minderheitenschutz sind. Auf sie sollte von den Experten in den internationalen Organisationen gehörig bedacht genommen werden.

(Mit 23 Stimmen ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen angenommen)